

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/242

Bonn, den 17. Dezember 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 1a	<u>Schwerpunktverlagerung</u> Asien im Vordergrund Nach der NATO-Konferenz in Paris	20
2 - 3	<u>Die Kasse stimmt nicht mehr</u> Gedanken zur Reform der Haushaltspolitik Von Hermann Ahrens, MdB	32
4	<u>Landesaufgaben ohne Dispens und Aufschub</u> Niedersächsische besondere Lasten Die Hälfte des Landes sind Fördergebiete	51
5	<u>Vierzig Jahre Griffelkunst</u> Volksbildner aus Langenhorn Von Rolf Obest	49
6	<u>Deutschland aus jugoslawischer Sicht</u> Von unseren Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schleicher	40

+ + +

Schwerpunktverlagerung

Asien im Vordergrund

Nach der NATO-Konferenz in Paris

G.M. - Wenn eines auf der diesjährigen Dezember-Tagung der NATO-Außen- und Verteidigungsminister in Paris klar geworden ist, dann dies: Die Amerikaner und Briten, zum Teil aber auch die Skandinavier und Franzosen, sind der Meinung, daß sich das Schwergewicht der Weltpolitik von Europa auf Asien verlagert hat und daß deshalb - auch im militärischen Bereich - bestimmte Konsequenzen gezogen werden müssen.

Während der deutsche Außenminister und auch der Verteidigungsminister in ihren einführenden Reden "zur Lage" das europäische Spannungsfeld in den Vordergrund stellten, haben die Amerikaner und Briten hauptsächlich von der "chinesischen Gefahr" gesprochen. Zum Beispiel meinte Außenminister Schröder, man könne im östlichen Bereich zwar eine gewisse Entideologisierung der Politik nicht abstreiten, müsse aber dennoch davon ausgehen, daß die Sowjets ihre politische und militärische Expansionspolitik weiter betreiben würden, sobald sie Erfolgchancen witterten. Dies wiederum - so Schröder und von Hassel - verpflichte das NATO-Bündnis zu immer größeren Verteidigungsanstrengungen, die in der Beibehaltung einer wohlkalkulierten Vorwärts-Strategie gipfeln müßten.

Im Unterton solcher Bemerkungen haben die übrigen Bündnispartner zu hören geglaubt, daß die Bundesrepublik doch in einer irgendwie gearteten Weise an der nuklearen Strategie beteiligt sein möchte.

Nun ist es jedoch nicht so, daß die Amerikaner oder Briten etwa der Meinung seien, die sowjetische Gefahr sei verschwunden. Man erkennt durchaus die Erfordernisse einer wirkungsvollen Abschreckungsstrategie an und ist auch bereit, entsprechende Veränderungen der bisherigen NATO-Planung vorzunehmen. Trotzdem darf nicht verschwiegen werden, daß besonders die Amerikaner, unterstützt von den Briten und Skandinaviern, nach kurzen mehr platonisch wirkenden Zustimmungen zu den deutschen Thesen in erster Linie von der chinesischen Gefahr und von der Situation in Vietnam sprachen. So muß auch die mehr finanztechnische Intervention des britischen Verteidigungsministers Healey gesehen werden, der mit stillschweigender Zustimmung der Amerikaner alles daran setzte, um den übrigen Bündnispartnern begreiflich zu machen, wo die finanziellen und wirtschaftlichen Grenzen der einzelnen NATO-Partner für weitere Rüstungsaufgaben liegen.

Im Rückblick auf die Pariser NATO-Konferenz muß auch mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß es bei den übrigen NATO-Partnern nicht an Hinweisen darauf fehlte, jede Art von deutscher Beteiligung an der nuklearen Strategie sei ein Hemmnis bei den mühevollen Abrüstungsverhandlungen der UNO. Hier fließen zwei Komplexe zu einem zusammen. Es gilt bei den meisten NATO-Partnern als absolut sicher, daß es bei den UNO-Abrüstungsverhandlungen keinen Fortschritt geben wird, wenn die Amerikaner und Briten aus Rücksichtnahme gegen-

über dem Verlangen der Deutschen nach Mitspracherecht bei der nuklearen Verteidigung keine konkreten Vorschläge zum Abschluß eines neuen Atomteststopp-Abkommens unterbreiten würden.

Wenn nicht alles täuscht, hat Bundesaußenminister Schröder dies auch begriffen. Während er am ersten Tag der Pariser Konferenz noch stolz darauf zu sein schien, daß man seine in eine Frage gekleidete Überlegung, ob man denn für ein neues Atomteststopp-Abkommen überhaupt einen Vertrag brauche, stark beachtete, hat er am letzten Tage seinen Ministerkollegen versichert, selbstverständlich würde die Bundesrepublik einen solchen Vertrag begrüßen: die am ersten Tage gemachte Bemerkung sei nicht so auszulegen, als wolle die Bundesrepublik kein neues Atomteststopp-Abkommen...

Sehr bezeichnend ist auch die Tatsache, daß die meisten NATO-Partner allen jenen Passagen in den Ausführungen Schröders größtes Interesse entgegenbrachten, in denen dieser angedeutet hatte, die Bundesrepublik wolle auch weiterhin mit den osteuropäischen Staaten gute wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen pflegen. Das wachsende Interesse der NATO-Partner an einer beweglichen deutschen Ostpolitik zeigt, daß diese von der Bundesrepublik mehr erwarten als bisher geschehen ist. Noch vor wenigen Jahren hätte eine Andeutung aus Bonn, man wolle die deutsche Ostpolitik flexibler gestalten, nur Mißtrauen ausgelöst.

Daß in Abschlussskizzen die sowjetischen Angriffe auf die vermeintlich revanchistische Haltung der Bundesrepublik einknirschend zurückgewiesen wurde und daß man die Berlin-Garantie vom 16. Dezember 1958 erneuerte, ist sehr erfreulich. Man sollte sich aber in Bonn darüber im klaren sein, daß diese Grundsatzklärung zu den Bündnisverpflichtungen gegenüber der Bundesrepublik und Westberlin politisch um so bedeutsamer sein wird, je deutlicher die Bundesregierung zu verstehen gibt, daß sie nicht die Mitwirkung an der Auslösung von Atomwaffen anstrebt. Bei der amerikanischen und britischen Delegation wurde kein Hehl daraus gemacht, daß die Verlagerung der militärischen Beratungen über den gesamten Komplex der gemeinsamen nuklearen Verteidigung in Kommissionen und Unterkommissionen ein willkommener Zeitgewinn ist, der gestatten soll, die politischen Gespräche über eine Entspannung in Europa mit Moskau weiterzuführen. Wichtig ist auch die von den NATO-Ministern getroffene Feststellung, daß es jedem der Partner vorbehalten bleiben soll, bilaterale Besprechungen mit Moskau zur Verbesserung der Atmosphäre in Europa und in anderen Teilen der Welt zu führen.

Es ist zu hoffen, daß Bundeskanzler Erhard noch vor seiner Abreise nach Washington einen abgewogenen Bericht über den tatsächlichen Verlauf der Pariser NATO-Konferenz erhält und sich entsprechend darauf einstellt.

Die Kasse stimmt nicht mehr

Gedanken zur Reform der Haushaltspolitik

Von Hermann Ahrens, MdB

Die defizitäre Lage der öffentlichen Haushalte erregt seit langem Besorgnis in der Bundesrepublik. Die Konjunkturwirksamkeit der staatlichen und kommunalen Finanzgebarung, ihre Bedeutung für die Stabilität der Währung messen diesem Thema ein volkswirtschaftliches Gewicht ersten Ranges zu. Diesständige Ausweitung des Etats führt letzten Endes zu Aufblähungen, die den Steuerzahler überfordern und ihm laufend Mittel entziehen, die er auf Dauer gesehen im Betrieb oder im privaten Haushalt nicht entbehren kann.

Die Debatte im Bundestag über die Regierungserklärung, erst recht aber die Auseinandersetzung über das Haushaltssicherungsgesetz, haben ihm eine hohe Aktualität verliehen, die eine Lösung des Problems unumgänglich macht. Bei der gesteigerten Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit kann der Gesetzgeber dieser Frage nicht mehr ausweichen. Die Errichtung einer institutionellen Barriere gegen die Ausgabenflut der öffentlichen Hände kann der Zustimmung breiter Kreise absolut sicher sein. Darauf zu hoffen, daß aus höherer Einsicht die öffentliche Finanzwirtschaft sich an währungs- und konjunkturpolitischen Erkenntnissen orientiert, ist nicht zuletzt wegen der Vielfalt der Faktoren, die auf die Etatgestaltung einwirken und der nur zu oft kompromißlos vorgetragenen Interessen hoffnungslos.

Es ist eine Erfahrungstatsache, daß die Haushaltspläne der Ausgabenseite einen Vorrang eingeräumt haben, obwohl es gerade umgekehrt sein müßte. Somit bestimmen die Finanzbedarfsanmeldungen der einzelnen Ressorts für ihre Einzelpläne die Höhe und den Umfang des Gesamtetats. Der allgemein, ob zu Recht oder zu Unrecht, behaupteten Ausgabefreudigkeit der Parlamente stehen nicht minder bedeutsam die ständig wachsenden Ansprüche der Ministerien gegenüber, ohne daß je der ernsthafte Versuch gemacht würde, längst überholte Ausgabenansätze in den Haushaltsplänen zu kürzen oder ganz zu beseitigen, um Mittel für neue Aufgaben freizumachen. Auch in der öffentlichen Finanzwirtschaft gibt es genug alte Zöpfe.

Die unausbleibliche Folge ist die jährlich erneut auftretende Deckungslücke im Etat, zu deren Ausgleich oft die zweifelhaftesten Manipulationen gewagt werden. Die Defizitenleihe ist dabei noch eines der legitimsten Mittel; weit bedenklicher ist die Gewohnheit, Steuereinnahmen und Abgaben mehrmals und dann immer stärker zu schätzen, bis sie die gewünschte Höhe und damit endlich den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben erreichen. In jüngster Zeit ist die Bindungsermächtigung, also eine Ermächtigung an die Ressorts, Aufträge zu erteilen, für die Gelder erst im nächsten Haushalt zur Verfügung gestellt werden sollen, sehr in Mode gekommen. Zu den zweifelhaftesten Methoden gehört aber der Brauch, Haushaltsreste, die am Jahreschluß erwartet werden, die aber ihrer Höhe nach naturgemäß noch garnicht feststehen, auch nicht annähernd geschätzt werden können, zu aktivieren und in Einnahme zu bringen, um wenigstens auf Krücken den Etausgleich zu erreichen.

Das alles aber hat mit Haushaltswahrheit und einer soliden Bewirtschaftung der Steuergroschen nichts mehr zu tun; erst recht kann

von einer ständigen Überschaubarkeit der öffentlichen Finanzen nicht gesprochen werden. Wo diese jedoch fehlt, greifen impulsive, aus dem Augenblick geborene ausgabenwirksame Beschlüsse Platz, die zu Störungen führen müssen, von denen die Preisentwicklung des hinter uns liegenden Jahres ein warnendes Beispiel geliefert hat.

Um die Ordnung der Finanzen zu garantieren, muß sich der Gesetzgeber entschließen, haushaltsrechtliche Normen zu setzen, die sowohl die Haushaltsgebarung zu Beginn jedes Rechnungsjahres, als auch die Behandlung außerplanmäßiger Ausgaben während des laufenden Jahres bindend regeln. Der Gesetzgeber muß sich dabei an den volkswirtschaftlichen Erkenntnissen orientieren und bestimmen, daß vor der Aufstellung der Haushalte durch den Finanzminister das Einnahmenvolumen und zwar unter Mitwirkung der Bundesbank und unter Auswertung der von den wirtschaftswissenschaftlichen Instituten erarbeiteten Vorausschau auf die Wachstumsrate des Sozialprodukts, geschätzt und durch ein Vorschaltgesetz, das dem Parlament zuzuleiten ist, verbindlich festgesetzt wird. Dadurch wird eine Feststellung und Schätzung der Einnahmen nach dem Opportunitätsprinzip vermieden und für die Ausgaben eine den Realitäten entsprechende obere Grenze gesetzt.

Die während des laufenden Haushaltsjahres aufkommenden und nicht abzuwendenden Belastungen durch neue Finanzvorlagen müssen nach dem unantastbaren Prinzip, keine Ausgaben ohne haushaltsmäßige Deckung, behandelt werden. Bei der auf die Finanzen einwirkenden Dynamik des politischen Lebens kann es nicht ausbleiben, daß während des laufenden Haushaltsjahres Ausgaben notwendig werden. Sie können und dürfen aber erst geleistet werden, wenn Mittel in einem Nachtragshaushalt zur Verfügung gestellt sind, selbst auf die Gefahr, daß mehrere Nachträge im Jahr dem Parlament vorgelegt werden müssen. Aus diesen Gründen sollten ausgabenwirksame Gesetze solange schwebend unwirksam bleiben, bis nach Verabschiedung des Nachtragshaushaltes die Mittel zur Verfügung stehen und alsdann durch das Parlament der Zeitpunkt des Inkrafttretens gesondert beschlossen wird.

Diese Regelung würde den Finanzminister zwingen, seine Haushaltslage laufend zu überprüfen, sie stets unter Kontrolle zu halten und übersichtlich zu gestalten. Das Parlament aber würde seiner Verantwortung entsprechend der Regierung zu Beginn einer Haushaltsperiode die Mittel zuzemessen, die aufgrund sorgfältiger Schätzung und Berechnung auch wirklich zur Verfügung stehen. Auch für seine eigenen Ausgabewünsche würde es sich dadurch einen Rahmen setzen.

Landesaufgaben ohne Dispens und Aufschub

Niedersachsens besondere Lasten Die Hälfte des Landes sind Fördergebiete

sp - Die niedersächsischen Haushaltenübe gehen nicht nur auf drei allgemeine Ursachen zurück - die relativ geringe Steuerkraft, den von 35 auf 39 Prozent der Einkommen- und Körperschaftsteuer erhöhten Bundesanteil und die Steuererleichterungen zugunsten des Mittelstandes -, sie sind vielmehr auch in den schweren Lasten begründet, die Niedersachsen teils gemeinsam mit einigen Bundesländern, teils aber auch im Gegensatz zu anderen Bundesländern zu tragen, also zu finanzieren hat.

Niedersachsens offene Seegrenze - ohne die Inseln - beträgt 202 Kilometer. Seit 1955 arbeiten Bund und Land am Küstenschutz und Küstenplan gemeinsam. Das Land allein hatte bisher dafür 425 Millionen DM aufzuwenden. Und das Ende dieser vorränglichen Arbeiten liegt noch in weiter Ferne. Zweimal wurde das Jade-Fahrwasser vertieft. Zweimal mußte die niedersächsische Staatskasse je 12 Millionen DM beisteuern. Ein großes, aber unaufschiebbares wasserwirtschaftliches Programm ist der Aller-Leine-Oker-Plan. Er wird das Land Niedersachsen einige hundert Millionen DM gekostet haben, wenn er erfüllt ist.

Wargendwo in der Bundesrepublik gibt es so viel Ödland zu kultivieren wie in Niedersachsen. Kein deutsches Bundesland kennt daher etwas ähnliches wie die Emsland-3mbH. Seit dieser Emsland-Plan in der Ausführung ist, hat das Land Niedersachsen aus Haushaltsmitteln allein 204 Millionen DM aufgebracht. Auch dieses Werk ist noch lange nicht abgeschlossen. Das Niedersachsens Wirtschaft einen stark agrarischen Charakter hat, ist bekannt. Allein für die landwirtschaftliche Siedlung, also zugunsten einheimischer und vertriebener Siedlungswilliger, hat Niedersachsen seit der Währungsreform eine halbe Milliarde DM ausgegeben, wozu dann noch die enormen Bundeszuschüsse kommen. Für die Flurbereinigung hat das Land bisher 102 Millionen DM eingesetzt.

Auch diese Aufgabe ist noch lange nicht bewältigt. Es sind noch 600 000 Hektar zu bereinigen, bei einer derzeitigen Jahresquote von etwa 29 000 Hektar! Um den Bundesdurchschnitt in der Trinkwasserversorgung zu erreichen, müssen allein noch 500 Millionen DM aufgebracht werden. Zählt man zusammen, was Niedersachsen im Haushaltsjahr 1966 für den Emsland-Plan, den Küstenschutz, die Maßnahmen hinter dem Deich, die Siedlung und den Aller-Leine-Oker-Plan einsetzen möchte und mußte, dann ergibt das mit den Posten für Trinkwasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Vogebau schon die Summe von 160 Millionen DM. Das ist genau soviel wie die Sonderzuweisung, wegen der die Landesregierung in Bonn vorstellig werden will und muß.

Auch der entschiedensten Sparsamkeit sind Grenzen gezogen. Mehr als die Hälfte der Landesfläche Niedersachsens besteht aus von Bund anerkannter Förderungsgebieten; aus Zonenrandgebiet, aus Bundesausbaugesbieten und Bundesausbauorten. 544 Kilometer lang ist Niedersachsens Zonen-grenze. Nur wer Augenzeuge war, weiß, wieviele Bahnlmnen, wieviele Straßen, wieviele Wege und Flußläufe und wieviele Wirtschaftsetränge damit durchschnitten sind. 68 Millionen DM hat Niedersachsen bisher ausgegeben, um dem bedrängten Zonengrenzland mit Frachthilfen und anderen wirtschaftsfördernder Maßnahmen beizuspringen. Das Zonenrandgebiet ist nun auch noch Randgebiet der EWG. Es wird noch eine große Hilfe geleistet werden müssen, bis das wirtschaftliche und soziale Ost-West-Gefälle, wenn nicht beseitigt, so doch erträglich geworden ist. Diese Erkenntnis sollte die Hilfe des Bundes für Niedersachsen erleichtern.

Vierzig Jahre Griffelkunst

Volksbildner aus Langenhorn

Von Rolf Obst

Die Hamburger Griffelkunst-Vereinigung begeht in diesen Tagen ihren vierzigsten Geburtstag. Mit einer Ausstellung von Graphik-Blättern wie sie vierteljährlich den Mitgliedern der Griffelkunst zur Verfügung stehen, erinnert diese volkskulturelle Vereinigung an ihren Gründungstermin. Dieser Querschnitt durch vier Jahrzehnte unterstreicht das sichere Gefühl für künstlerische Qualität und handwerkliches Können, mit der hier gearbeitet wird.

Das genaue Datum der Gründung vermag niemand mehr zu nennen. Gewiß aber ist, daß in den grauen Herbst- und Wintertagen des Jahres 1925 sich die Griffelkunst konstituierte. Sie war in ihren Anfängen ein rechtes Schulmeisterunternehmen. Der Lehrer Johannes Böse hatte zunächst Jugendliche und später - durch die Volkshochschule - auch Erwachsene in seinem Heim in Hamburgs Siedlungsvorort Langenhorn um sich versammelt. Hier übte man sich - frei nach Wölfflin - in der Betrachtung und der Beurteilung von Graphikblättern.

Aus diesen ersten, losen Zusammenkünften entstand die Vereinigung Griffelkunst. Gemeinsam wollten die wirtschaftlich nicht gerade als Sammler prädestinierten Mitglieder sich das Betrachten und den Erwerb künstlerischer Graphik ermöglichen. Erstaunlich war der Widerhall, den das Unternehmen auch bei renommierten Künstlern fand und noch heute findet. Die Signon von Kokoschka, Kluth, Keitner, Kronenberg, Rawoldt - um nur einige Namen zu nennen - sind auf den Blättern der Jubiläumsausstellung zu finden. Umgekehrt hat die Griffelkunst vielen jungen Künstlern finanzielle und moralische Unterstützung geboten.

Heute ist die Griffelkunst zu einem Begriff für eine spezifische Art der Kunsterziehung geworden. Für außerordentlich geringe Beiträge gibt sie ihren Mitgliedern in Wahlausstellungen die Möglichkeit, sich Graphiken und Lithos auszusuchen. Das heißt, es wird nicht wie sonst im Kunsthandel üblich nach Katalogen bestellt, sondern es wird in lebendiger Begegnung mit den Originalen geprüft und kritisch ausgewählt. Der Besitz des Blattes ist die krönende Besiegelung des Urteils. Als kunsterzieherische Idee steht hinter diesen Verfahren der Grundsatz: Erziehung durch das Auge. In diesem Sinne führten Johannes Böse und seine Nachfolger Abertausende einfacher Menschen an die Kunst heran und bildeten sie zu urteilsfähigen Kennern und Sammlern.

Von einem Schulmeister gegründet, hat die Griffelkunst auch von Anfang an die Unterstützung der allen Neuen aufgeschlosseneren Hamburger Schulbehörde gefunden. In der Fritz-Schumacher-Schule in Hamburg-Langenhorn stellte sie großzügig Arbeits- und Ausstellungsräume zur Verfügung, in denen die Kunstvereinigung heute noch wirkt. Und als die Arbeit nicht allein mehr ehrenamtlich zu bewältigen war stellte sie die Leiter der Griffelkunst - es sind bis heute immer Schulmeister geblieben - für die Arbeit der Griffelkunst bei vollem Gehalt frei. Aus den 79 Mitgliedern, die 1925 die Griffelkunst aus der Taufe hoben, sind weit über 3000 geworden. Was vor vierzig Jahren in Hamburg-Langenhorn begann ist heute in der ganzen Bundesrepublik und darüber hinaus als ein volkskulturelles Unternehmen unverwechselbarer Art bekannt.

Deutschland aus jugoslawischer Sicht

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schleicher

In der jugoslawischen Hauptstadt Belgrad hat sich in der Beurteilung der Bundesrepublik Deutschland nicht grundsätzlich viel geändert. Das ist fast eher eine positive zu wertende Überraschung, weil man nach dem Besuch des Staatspräsidenten Tito in Parkow eine größere Belastung der ohnehin recht gestörten Beziehung zwischen Bonn und Belgrad hätte erwarten können. Entsprechende Maßnahmen der bundesdeutschen Regierung blieben als Erwiderung auf die von Tito durchgeführte politische Aufwertung der DDR zwar nicht aus, lösten jedoch seitens Belgrads weder politische noch propagandistische Gegenreaktionen aus.

So blieb das Verhältnis in bestimmter Schwebelage. Da Belgrad keine übertriebenen Hoffnungen auf den Ausgang der Bundestagswahlen gesetzt hatte, hielten sich die Enttäuschungen in einem von vornherein zu überschenden Rahmen. In Belgrad glauben nur wenige, daß sich an diesem bedauerlichen Zustand in absehbarer Zeit bald etwas ändern könnte. Für zu stark erachtet man den politischen Konservatismus der Bundesregierung, ihr einfaches Festhalten an politischen Konzeptionen, die durch die Entwicklung für überholt angesehen werden, als daß ein wirklicher Durchbruch zu einer neuen Bonner Ostpolitik erwartet wird. Und dies sind für das offizielle Belgrad verständlicherweise die wichtigsten Beurteilungsgrundlagen.

Während die Beziehungen also stagnieren und niemand auf eine baldige Wiederbelebung hofft, werden die Kontakte zwischen den Bürgern der beiden Länder immer stärker. In breiten jugoslawischen Bevölkerungsschichten ist die Bundesrepublik zu einem Art Traumland all ihrer unerfüllt gebliebenen Wirtschaftswünsche geworden. Zu Tausenden verlassen mit ihrem Einkommen unzufriedene Fachkräfte oder aber auch Arbeitslose das Land, um in die Bundesrepublik zu gehen. Bei ihrer Rückkehr werden sie zu einem heilsamen Korrektiv für die öffentliche Meinung, die nach wie vor durch einige Ressentiments mit anti-deutschen Akzenten verbelastet bleibt.

Die jugoslawische Beurteilung der Bundesrepublik auch im Jahre 1965 bietet ein recht zwiespältiges Bild: Während die offizielle Politik in ihrer traditionellen, leicht dogmatischen Skopis verharrt, entzerren sich im Volk die durch den Krieg beeinflussten Meinungen immer mehr zugunsten eines objektiveren Verstehens. An dieser positiven Tendenz brauchte sich wohl auch im Jahre 1966 nicht allzu viel ändern.